



NEWSLETTER



März 2008
Martin Niemetz

KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

Think Tank – Newsletter

Der Vertrag von Lissabon und die europäische Energie- und Klimapolitik standen in den letzten Wochen in den Veröffentlichungen der Brüssler Think Tanks im Vordergrund. Der vorliegende Newsletter informiert über wichtige Ergebnisse dieser Arbeiten.

I. Die Zukunft der Europäischen Integration: Der Vertrag von Lissabon

1. Demokratische Partizipation im Integrationsprozess

Nach der Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon ist auch bei den Brüssler Think Tanks Erleichterung zu spüren. Generell wird der Vertrag als erheblicher Fortschritt für die Europäische Union empfunden und ein erfolgreicher Verlauf des Ratifizierungsprozesses in den Mitgliedsstaaten erhofft.

Dennoch wird auch Kritik an dem Vertrag geübt. Einen guten ersten Überblick über dessen Neuerungen und Auswirkungen bietet die gemeinsame Veröffentlichung vom European Policy Centre (EPC), dem Royal Institute for International Relations (EGMONT) und dem Centre for European Policy Studies (CEPS), *The Treaty of Lisbon: Implementing the Institutional Innovations*. Darin wird unter anderem beklagt, die Reform der Europäischen Institutionen mache diese zwar individuell effektiver, aber die Auswirkungen dieser Neuerungen auf die Balance zwischen den Institutionen sei zu wenig beachtet worden. Des Weiteren hätte man sich eine schnellere Umsetzung der Reform des Prinzips der Qualifizierten Mehrheit gewünscht, welche möglicherweise erst 2017 abgeschlossen sein wird.

Größtenteils konzentriert sich die Kritik der Think Tanks jedoch auf das Thema der demokratischen Partizipation im Reformprozess der EU. Das EPC widmete diesem Thema eine volle Ausgabe der Zeitschrift *Challenge Europe*. Allgemein wird die Art und Weise auf die der Vertrag von Lissabon zustande kam als symptomatisch für großen Handlungsbedarf gewertet, wolle man die EU der Bevölkerung der Mitgliedsländer näher bringen.

Auf der einen Seite hebt insbesondere das CEPS hervor, dass die gestärkte Rolle des Europäischen Parlaments und das neue Mitspracherecht der nationalen Parlamente die demokratische Legitimation der Europäischen Institutionen vergrößern wird. Auf der anderen Seite fürchtet man, dass der Vertrag negative Auswirkungen auf die Transparenz der EU hat. Der Vertragstext sei voller Querverweise und für den einfachen Bürger nicht zugänglich. Dies werde dadurch verschlimmert, dass der Vertrag von Lissabon die vorhergehenden europäischen Verträge nicht ersetzt, (wie es ursprünglich mit dem Verfassungsvertrag geschehen sollte) sondern das bestehende Vertragswerk nur erweitert.



Konrad
Adenauer
Stiftung

NEWSLETTER
EUROPABÜRO BRÜSSEL
MÄRZ 2008

www.eukas.eu

Allgemein vertreten die genannten Brüssler Think Tanks die Ansicht, es müsse daran gearbeitet werden ein öffentliches „Forum“ oder „Netzwerk“ für europäische Politik zu schaffen. Hierbei wären laut EPC europäische Großveranstaltungen hilfreich, da es wichtig sei junge Menschen für die europäische Integration zu begeistern.

Über Stand und Fortgang der Ratifikation des Vertrages informiert das Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in regelmäßigen Abständen: www.eukas.eu (Newsletter zum Vertrag von Lissabon.)

Weiterführende Links und Dokumente:

Challenge Europe Issue 17: The people's project? The new EU Treaty and the prospects for future integration, 06.12.07 (EPC) <http://www.epc.eu/PDF/CE17.pdf>

The Treaty of Lissabon: How much Constitution is left? Sebastian Kurpas, 11.12.07. (CEPS) http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1568

The Treaty of Lisbon: Implementing the Institutional Innovations, Sebastian Kurpas, Ben Crum, Philippe de Schoutheete, Jacques Keller, Franklin Dehousse, Sami Andoura, Antonio Missiroli, Sara Hagemann, Hervé Bribosia, 15.11.2007 (EPC, EGMONT, CEPS) http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1554

2. Der Europäische Auswärtige Dienst

Als eine der größten Errungenschaften des Lissaboner Vertrages betrachten die zitierten Brüssler Think Tanks die institutionelle Reformierung der Europäischen Außenpolitik. Diese stöße auch bei der Bevölkerung auf breite Unterstützung und sei deshalb fast unverändert aus dem Verfassungsvertrag übernommen worden. Eine verbesserte Koordinierung der Außenpolitik sei nicht nur allgemein erwünscht, sondern auch von höchster Notwendigkeit für die globalen Interessen Europas. Im letzten Kapitel des gemeinsamen Arbeitspapiers von EPC, EGMONT und CEPS, *The Treaty of Lisbon: Implementing the Institutional Innovations*, werden die allgemeinen Ansichten der Brüssler Think Tanks zu diesem Thema komprimiert wiedergegeben.

Der neu geschaffene Posten des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik soll als Beauftragter für die GASP im Rat und als Vizepräsident der Kommission die intergouvernementalen und gemeinschaftlichen Aspekte der Außen- und Sicherheitspolitik der EU zusammenführen. Bei der Koordinierung und Umsetzung der Außenpolitik wird dieser zukünftig von einem Europäischen Auswärtigen Dienst unterstützt. Die Think Tanks erwarten von diesen Neuerungen neben einer verbesserten Koordination auch eine größere Flexibilität der Gemeinsamen Außenpolitik. Insbesondere wird begrüßt, dass die Union nun einen einzelnen außenpolitischen Repräsentanten hat und nicht mehr mit drei verschiedenen Delegationen auf internationalen Konferenzen vertreten sein wird.

NEWSLETTER
EUROPABÜRO BRÜSSEL
MÄRZ 2008

www.eukas.eu

Allerdings wird auch Kritik geübt. Die Think Tanks beklagen eine unzureichende Festlegung der Kompetenzen des Hohen Vertreters. Unter anderem wird befürchtet, es könnte zu Streitigkeiten mit dem Präsidenten des Europäischen Rates über die entsprechenden Zuständigkeiten im außenpolitischen Bereich kommen. Zudem wird, wie mit dem Vertrag von Lissabon im allgemeinen, auch hier ein Mangel von Transparenz und Öffentlichkeitsnähe beklagt. Auch mache der Vertrag keine Aussagen darüber, wie der Europäische Auswärtig Dienst aufgebaut werden soll.

Das European Policy Centre hat ein sehr detailliertes und empfehlenswertes Arbeitspapier zu diesem Thema veröffentlicht. Darin werden konkrete Empfehlungen für den Aufbau des neuen Dienstes gemacht. Generell wird ein schneller Beginn der Planungen angemahnt. Dabei solle auch die Öffentlichkeit stets über die neuesten Entwicklungen informiert werden. Besonders wichtig sei es, dass der Dienst mit qualifiziertem Personal ausgestattet wird. Aus diesem Grunde solle eine hohe Priorität auf die Ausbildung der Diplomaten gelegt werden. Auch gelte zu beachten, dass der neue Dienst ein Bindeglied zwischen der Kommission und dem Rat bleibt und nicht von einer Seite vereinnahmt wird. Schließlich solle er die Möglichkeit zur langsamen aber stetigen Weiterentwicklung behalten.

Um zu mehr Klarheit über den konkreten Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes zu gelangen, organisierte das Europabüro der Konrad Adenauer Stiftung am 30. Januar ein Seminar zu diesem Thema.

Weiterführende Links und Dokumente:

Working Paper No.28: The EU Foreign Service: how to build a more effective common policy

Cornelius Adebahr, Graham Avery, Simon Duke, Giovanni Grevi, Jolyon Howorth, Stephan Keukeleire, Anne-Marie Le Gloannec, Julia Lieb, Andreas Maurer, Antonio Missiroli, David Rijks, Richard Whitman, 22.11.07 (EPC)
http://www.epc.eu/TEWN/pdf/555858396_EPC%20Working%20Paper%2028%20The%20EU%20Foreign%20Service.pdf

The Treaty of Lisbon: Implementing the Institutional Innovations, Sebastian Kurpas, Ben Crum, Philippe de Schoutheete, Jacques Keller, Franklin Dehousse, Sami Andoura, Antonio Missiroli, Sara Hagemann, Hervé Bribosia, 15.11.2007 (EPC, EGMONT, CEPS)

http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1554

II. Energie-, Umwelt- und Klimapolitik der EU

1. Die europäische Energiepolitik

Da die europäische Energiepolitik in Brüssel derzeit heftig debattiert wird, beschäftigen sich auch die hiesigen Think Tanks mit diesem Thema. Im Vordergrund steht dabei die Diskussion über die so genannten „Entflechtung“ des Energiesektors. Eine aktuelle Veröffentlichung des Institute Français des Relations Internationales (IFRI) in Brüssel, *Ownership Unbundling in Energy Markets*, bietet hierzu einen guten Überblick.

Generell besteht in der europäischen Politik Einigkeit darüber, dass der freie Wettbewerb auf dem Energiemarkt erhöht werden soll. Uneinig ist man sich in der Frage, wie dies zu erreichen sei. Die Kommission besteht auf einer weitgehenden Entflechtung des vertikal integrierten Energiesektors, d.h. die Energienetze sollen von den Energieproduzenten abgekoppelt werden, damit die gleichberechtigte Nutzung dieser Netze auf dem freien Markt gewährleistet wird. Eine Reihe von Mitgliedsstaaten, zuvorderst Frankreich und Deutschland, haben sich jedoch gegen eine solche rigorose Entflechtung ausgesprochen. Stattdessen solle die behördliche Aufsicht über die Betreibergesellschaften auf gesamteuropäischer Ebene verstärkt werden.

Zwei Fragen hebt das IFRI in dieser Debatte besonders hervor:

Erstens sei es noch nicht klar, wie bei einer Entflechtung des Energiesektors konstante Investitionen in die Ausweitung und Instandhaltung der Netze garantiert werden könnten. Die Kommission habe zu dieser Frage zwar ein Konzept erarbeitet, nach dem die zukünftigen Betreiber der Netze alljährliche Investitionspläne vorlegen sollten, die Kritiker der Entflechtung habe dies aber kaum überzeugt.

Zweitens stehe ein großes Fragezeichen hinter den außenpolitischen Konsequenzen, die eine Entflechtung des Energiesektors haben würde. Sorgen bereitet hierbei eine mögliche Übernahme der strategisch essentiellen Energienetze durch Drittstaaten. Dies solle durch die so genannte „Gasprom Klausel“ verhindert werden. Nach dieser Klausel dürfen nur Unternehmen aus Staaten deren Energiesektor ebenfalls entflechtet ist im europäischen Energiemarkt investieren. Doch selbst die Kommission hat hierzu erklärt, dass das Risiko einer Übernahme durch Drittstaaten nicht ausgeschlossen werden kann.

Das IFRI empfiehlt einen Fokus auf den Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur innerhalb der Union. Dadurch würde nicht nur der freie Wettbewerb gefordert, sondern auch die Abhängigkeit der osteuropäischen Staaten von Moskau gemindert werden.

NEWSLETTER
EUROPABÜRO BRÜSSEL
MÄRZ 2008

www.eukas.eu

In einer Veröffentlichung des Centre for European Policy Studies, *Europe's External Energy Policy*, wird vor einer apolitischen Herangehensweise in der Energiepolitik gewarnt. Die Europäische Union dürfe sich nicht auf die Mechanismen des Marktes beschränken. Dies sei den europäischen Institution und Regierungen inzwischen bewusst geworden, aber noch immer werde zu wenig getan um eine konsistente geopolitische Strategie zur Sicherung der Energiezufuhr zu entwickeln.

Weiterführende Links und Dokumente:

Ownership Unbundling in Energy Markets. An overview of a heated debate in Europe, Susanne Nies, 24.01.08, (IFRI – Brussels)

http://www.ifri.org/frontDispatcher/ifri/publications/publications_en_ligne_1044623469287/publi_P_publi_energie_edito_jan_1201190843258

Europe's External Energy Policy: Between Geopolitics and the Market, Richard Youngs, 20.11.07, (CEPS) http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1560

2. Umwelt- und Klimapolitik

Der Umweltpolitik wurde im letzten Jahr weltweit besondere Aufmerksamkeit geschenkt, und die Brüssler Think Tanks beschäftigen sich auch 2008 weiterhin intensiv mit diesem Thema.

Das Institute Français des Relations Internationales in Brüssel argumentiert in dem Artikel *The reality of the energy price for the consumer* gegen jegliche Subventionen in der Energiepolitik, da dies umweltschädlich sei. In vielen europäischen Staaten sei der Energiepreis für den Endverbraucher geringer als die Produktionskosten. Dies verfälsche das Konsumverhalten und führe dadurch sowohl zu einer Verschwendung begrenzter Ressourcen, als auch zu einer unnötigen Belastung der Umwelt.

Das Centre for European Policy Studies (CEPS) legt in seinen aktuellen Veröffentlichungen zur Umweltpolitik einen Schwerpunkt auf das Thema der „Anpassung“. Nachdem man sich in der europäischen Politik in den letzten Jahren vor allem darum bemüht habe die Ursachen des Klimawandels zu bekämpfen, werde der Frage wie man die Infrastrukturen betroffener Regionen an den Klimawandel anpassen könne nun vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt. Hierbei handelt es sich um den Versuch den ökonomischen Schaden des Klimawandels zu begrenzen indem man einzelne Unternehmensbereiche vorausschauend umstrukturiert.

In *What do we know about the economics of adaption?* argumentiert das CEPS, dass man sich bei dieser Anpassung nicht auf die lokal gegebenen Mechanismen alleine verlassen dürfe, da es auch wirtschaftliche Sektoren gäbe, die einen äußeren Anreiz zu Veränderungen in diesem Bereich

benötigten. Dies sei insbesondere in jenen Sektoren der Fall, in denen die Folgen des Klimawandels schwer abschätzbar sind, und eine Umstellung langwierig und kompliziert wäre.

In einer weiteren Veröffentlichung des CEPS, *Adaptation and Mainstreaming of EU Climate Change Policy*, wird bei der Anpassung eine bessere Koordination zwischen den einzelnen politischen Bereichen angemahnt. So könnten zum Beispiel gemeinsame Projekte des gesundheitlichen Sektors und der Tourismusbranche zu „win-win“-Situationen führen. Zudem solle die EU keine verallgemeinernden Richtlinien erlassen, da das Thema Anpassung zu komplex sei. Stattdessen solle man sich auf die Optimierungen und Koordinierung der bestehenden Strategien in den einzelnen politischen Bereichen und Regionen konzentrieren. Des Weiteren wird betont wie wichtig eine weitgehende Solidarität zwischen den europäischen Staaten sein wird, da der Klimawandel sowohl Gewinner als auch Verlierer haben wird.

Schließlich wird in dem CEPS-Kommentar *Climate Change Meets Trade* argumentiert, die EU müsse sich darum bemühen den Bereich der internationalen Flug- und Seefahrt in die multilateralen Abkommen zur Klimapolitik einzuschließen. Außerdem solle die europäisch-amerikanische Liste der umweltfreundlichen Produkte und Dienste, die von jeglichem Zoll befreit werden sollen, erweitert werden.

Weiterführende Links und Dokumente:

The reality of the energy price for the consumer, Jaques Lesourne, 24.12.07, (IFRI)

http://www.ifri.org/frontDispatcher/ifri/publications/publications_en_ligne_1044623469287/publi_P_publi_mjn_edito_dec_1199804612631?language=us

What do we know about the politics of adaption? Asbjørn Aaheim and Marianne Aasen, 01.02.08, (CEPS)

http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1594

Adaptation and Mainstreaming of EU Climate Change Policy: An Actor-Based Perspective, Darryn McEvoy, Kate Lonsdale and Piotr Matczak, 01.02.08, (CEPS)

http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1593

Climate Change Meets Trade: The rapidly expanding agenda in the post-Bali period, Thomas L. Brewer, 21.01.08, (CEPS)

http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1587